



Zentrum für Selbstbestimmtes Leben

Röntgenstrasse 32
8005 Zürich

www.zslschweiz.ch
PCK: 87-169527-9

Tel: 044 272 8000 zuerich@zslschweiz.ch

Staatseinkauf: Harte Folgen für behinderte Menschen

Staatseinkauf von Hilfsmitteln wie Rollstühlen oder Hörgeräten bedeutet veraltete Geräte, massive Beschränkung der Auswahl und jahrelange Wartelisten. Damit ist die Versorgung gefährdet. Die Leidtragenden sind die Behinderten.

Das BSV plant in der 6. Revision der Invalidenversicherung eine Rechtsgrundlage, damit alle Hilfsmittel zentral beschafft und über ein staatliches Logistikzentrum vertrieben werden können. Bis am 15. Oktober können Organisationen zum Vorhaben Stellung nehmen.

Massive Beschränkung der Wahlfreiheit

Behinderungen sind sehr individuell. Darum gibt es heute eine breite Palette von verschiedenen Hilfsmitteln auf dem Schweizer Markt. Das soll sich ändern. Zum Beispiel bei den Hörgeräten: Statt heute rund 850 verschiedene Geräte werden bei staatlichem Einkauf gemäss BSV noch 60-100 Geräte erhältlich sein. Alle anderen Geräte für spezifische Hörprobleme werden von den Sozialversicherungen weder bezahlt, noch mit einem Zuschuss abgegeben. Das trifft genau jene, welche spezielle und wenig verwendete Geräte für ihren Alltag benötigen.

Wartelisten und Serviceabbau

Statt Wettbewerb um die Bedürfnisse der Kunden will das BSV einen Staatseinkauf aller Geräte. Die Folge ist ein staatliches Nachfragemonopol. Der Staat hat aber kein Interesse an guter Qualität, sondern nur an möglichst niedrigen Preisen. Die Folge: veraltete Hilfsmittel. Das BSV wählt das Hilfsmittel aus – ohne Sie zu fragen. Nach internationalen Erfahrungen mit diesem Modell entstehen monate- oder jahrelange Wartelisten, zum Beispiel bei den Hörgeräten:

Land	Warteliste
Grossbritannien	18 Monate
Norwegen	8 Monate
Dänemark	9 Monate
Schweden	24 Monate

Im Übrigen sind Behinderte ExpertInnen in Sachen Behinderung

Beispiel Cochlea-Implantate in der Schweiz:

Das BSV führte eine derartige Ausschreibung hierzulande bereits durch. Als Sieger gingen jene Hersteller hervor, deren Geräte aus medizinischen Gründen in der Schweiz bisher nicht verwendet wurden. Dank dem Einsatz der HNO-Kliniken konnte das Vorhaben gestoppt werden.

Das zeigt: Innovation und guter Service zugunsten der Kunden werden in einem System mit Staatseinkauf nicht mehr belohnt. Der Monopollieferant hat kein Interesse an guten Geräten und bestem Service. Er wird billig – immer knapp besser als die Minimalanforderungen herstellen. Schafft er das während ein paar Jahren, ist die Konkurrenz dahin und er kann die Preise plötzlich diktieren wie er will. Der Klient ist nicht mehr Kunde und «König», sondern Bittsteller in einem staatlich organisierten, durchgeführten und kontrollierten Bereich.

Bevormundung statt Selbstverantwortung

Staatseinkauf bedeutet Bevormundung der betroffenen Personen. Statt sie als Kundinnen und Kunden zu stärken, will das BSV sie von der staatlichen Hilfsmittelauswahl abhängig machen. Menschen mit Behinderungen sind aber keine zu versorgenden, zu verwaltenden Abhängigen. Sagen wir das dem Bundesamt in Bern klar und rechtzeitig: Jetzt! Nehmen Sie an der laufenden Vernehmlassung teil ([Link zur Petition/Mustervernehmlassung](#)).

Lösung: Wettbewerb um die Kunden

Der BSV-Vorschlag gefährdet die Hilfsmittelversorgung in der Schweiz. Die Lösung ist Wettbewerb um die Bedürfnisse der Kunden. Sie erhalten einen dem persönlichen Bedarf entsprechenden jährlichen Beitrag und sind frei bei der Wahl ihrer Hilfsmittel. Nur so finden verbesserte Produkte zu vernünftigen Preisen den Weg zu den Menschen in der Schweiz. Statt mit Staatseinkauf die Konsumenten zu bevormunden, sollten diese informiert und gestärkt werden. Das macht sie zu kritischen Konsumenten statt anhängigen Gerätebezügern ohne Mitsprache in eigener Sache.

Quellen: Eidg. Finanzkontrolle, Hilfsmittelpolitik zu Gunsten der Behinderten, 2007
The British Society of Hearing Aid Audiologists, 2005